

Michael Ruck*

Anpassung – Selbstgleichschaltung - Zerschlagung

Die Gewerkschaften in Flensburg und im Deutschen Reich nach der Machtübertragung an Hitler 1933

Vortrag auf der Abendveranstaltung „2. Mai 1933. Nie wieder!“ des DGB Schleswig-Holstein Nordwest am 2. Mai 2013 in der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg

© Michael Ruck 2013

Der 2. Mai 1933 in Flensburg

Vor 80 Jahren, am 2. Mai 1933, es war ein freundlicher Frühlingsdienstag, hallte ein paar Schritte von hier das Horst-Wessel-Lied durch das Burgviertel. Triumphierend gröhlten uniformierte Leute der SA und der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) die NS-Hymne aus den Fenstern des Gewerkschaftshauses in der Schlossstraße 44/46. So berichtete es der nachmalige IG-Metall-Bevollmächtigte *Hans Nielsen* (1904-1982) 1980 in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen.¹

Weisungsgemäß unbehelligt von polizeilichen Ordnungskräften,² die das Anwesen seit den vorübergehenden Besetzungen und Schließungen am 17. März und 1. April bewachten,³ hatte der NS-Mob das Refugium der Flensburger Arbeiterbewegung am späten Vormittag planmäßig geentert, die Kassen gestohlen und Akten an sich gebracht.⁴ Für Mitglieder und Funktionäre war das Gewerkschaftshaus wohl schon am Vortag nicht mehr zugänglich gewesen.⁵

Im Zuge dieser überfallartigen Aktion vorübergehend festgesetzt wurden der 1. Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) *Wilhelm Kähler* (geb. 1877), der Ortsausschuss-Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

* Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Flensburg.

¹ Hans Nielsen, Streifzüge durch mein Leben, Slukefter 1980 (Typoskr.); zit. in: Michael Joho, Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg/Hamburg 1992, 436f.; biografische Angaben: ebd., 328.

² Funkspruch des Reichsinnenministers an die Regierungs-Funkstelle Schleswig, 02.05.1933; faks. abgedr. in: Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, 436; danach auch in Heinrich Stamp, Die Gewerkschaften in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1933: Von der Anpassung über die Selbstaufgabe zur Gleichschaltung, in: Natur und Landeskunde. Zeitschrift für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg 110 (2003), Nr. 5-6, 126-132, hier 129.

³ Schreiben des ADGB-Vorstands an Reichspräsident Hindenburg, 05.04.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Bearb. Peter Jahn, Mitarb. Detlev Brunner, Köln 1988, Dok. 195, 873-879, hier 875. Zum den Durchsuchungs- und Besetzungsaktionen vom 17.03. und 01.05.1933 vgl. Jens Christian Jacobsen, Die Flensburger SPD in der Zeit der Weimarer Republik: 1924-1933, in: Erika Börm u.a., 125 Jahre SPD in Flensburg 1868-1993, Flensburg 1993, 62-98, hier 94f.

⁴ Ein Foto des mit Hakenkreuzfahnen drapierten Gewerkschaftshauses von 1935 findet sich im Stadtarchiv Flensburg (StAFL_XIVFot.B1.623_72). Dort auch ein Foto des Gewerkschaftshauses aus dem Bezugsjahr 1912; abgedr. in: Ulla Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD in Flensburg bis 1933, 99-125, hier 106; Bernd Philippsen, Ein Denkmal der Arbeiterbewegung. Mittelpunkt des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Lebens: Vor 100 Jahren wurde das Gewerkschaftshaus eingeweiht, in: Flensburger Tageblatt, 29.06.2012, 10.

⁵ So die Darstellung von Jacobsen, Flensburger SPD, 95f.; vgl. auch Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, 102.

(AfA-Bund), *Wilhelm Nicolaysen*, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins *Wilhelm Haberlandt* (geb. 1878)⁶ und ein weiterer Funktionär namens *Max Beyreis*. Diese Vorsichtsmaßnahme der neuen Machthaber erwies sich jedoch als überflüssig. Denn Gegenwehr hat es in Flensburg am 2. Mai 1933 ebenso wenig gegeben wie irgendwo anders in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein,⁷ in den Hansestädten Lübeck und Hamburg oder im übrigen Reichsgebiet südlich der Elbe.

Hier oben im Norden wie nahezu überall anderwärts in Deutschland hielten sich die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre an die Weisung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), „dass nach Möglichkeit mit der N.S.B.O und der nationalsozialistischen Partei zusammenzuarbeiten ist, um das Vermögen und die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten“.⁸

Dieses defensive Kalkül ging nicht auf. Der 2. Mai 1933 markiert das vorläufige Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die erst nach dem – von außen herbeigeführten – Zusammenbruch der NS-Herrschaft 12 Jahre später an den Wiederaufbau gehen konnte. Wie überall sonst fiel das gesamte Sach- und Geldvermögen der Arbeitnehmerverbände auch in Flensburg wenig später an die Deutsche Arbeitsfront (DAF).⁹ Der Flensburger ADGB-Vorsitzende *Georg Ruser* (geb. 1878) vom Baugewerksbund stand seit 1933 unter andauernder Polizeiaufsicht.¹⁰

Nach der ersten Zusammenkunft des „gleichgeschalteten“ DMV sollen Metallarbeiter nach dem zitierten Bericht *Hans Nielsens* im usurpierten Gewerkschaftshaus die „Internationale“ angestimmt haben.¹¹ Ansonsten herrschte äußere Ruhe unter der Flensburger Arbeitnehmerschaft.¹²

Wie schon angedeutet waren die hiesigen Ereignisse nur lokale Facetten eines Szenarios, das sich in ganz Deutschland angebahnt hatte, seit der „Führer“ der NSDAP am 30. Januar 1933 nach einer gelungenen Intrige vom greisen Reichspräsidenten *Hindenburg* überraschend zum Chef eines Präsidialkabinetts ernannt worden war, das sich zunächst auf eine Minderheitskoalition seiner NS-Bewegung mit *Hugenburgs* Deutschnationalen stützte.

Nur ein Vierteljahr später lag die freiheitliche Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland geschlagen und entehrt am Boden. Mir ist die Aufgabe zugefallen, Ihnen heute Abend an diesem 80. Jahrestag der Mai-Ereignisse die wesentlichen Etappen dieses folgenschweren Prozesses gerafft in Erinnerung zu rufen.

⁶ Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Publikation zur Ausstellung im Städt. Museum Flensburg Sept./Okt. 1983, Flensburg 1983, 80. Biografische Angaben: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge 1927, Berlin o.J. (1927), 311f.

⁷ Einen knappen, aber instruktiven Überblick vermittelt Stamp, Gewerkschaften in Schleswig-Holstein. Vgl. etwa Detlef Korte/Holger Malterer, Das Kieler Gewerkschaftshaus in Nazihand, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), 15-20; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_03/Demokratische_Geschichte_Band_03_Essay39.pdf [28.01.2013]; Fritz Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997, 127f.

⁸ So die rückblickende Darstellung in einer Kieler Besprechung am 03.11.1945; zit. nach Stamp, Gewerkschaften in Schleswig-Holstein, 130.

⁹ Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, 437.

¹⁰ Ebd., 440. Biografische Angaben: Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, 122f.; vgl. Handbuch Arbeiterpresse 1927, 312.

¹¹ So die Darstellung von Hans Nielsen (1980); zit. nach Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, 437.

¹² Vgl. Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, 102f.

Der 30. Januar 1933 im Reich

Die Machtübertragung an *Hitler* traf die Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung unvermittelt. Am Ende des Katastrophenjahres 1932 hatten sie – wie viele andere auch – gehofft, die Nationale Rechte befände sich auf dem absteigenden Ast. Doch nun drohte jener befürchtete "Zuchthausstaat", den man wenige Monate zuvor hellsichtig prophezeit hatte, unversehens Wirklichkeit zu werden.¹³

Wieder einmal riefen die Kommunisten sofort zum Generalstreik auf. Die Verantwortlichen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sahen zwar ebenfalls die "Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft" für den Fall bedroht, dass es nun tatsächlich zur "Zerschlagung der Demokratie" käme. Einstweilen müsse aber "kühles Blut und Besonnenheit" bewahrt werden, um für den so genannten "Ernstfall" gewappnet zu sein.¹⁴

Nach dem *Hitler*-Putsch im Herbst 1923 und zuletzt nach *Papens* „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 hatten die Aufrufe ganz ähnlich geklungen. Auch über die gegenwärtige Krise wollten die Führungen ihre Organisationen und die elementaren Arbeitnehmerrechte möglichst unbeschadet hinweg retten.

Angesichts dessen, was noch kommen sollte, mutet diese Zurückhaltung kritikwürdig an. Doch waren 1932/33 die Gräben zwischen den verfeindeten Arbeiterbewegungen zu tief, die allgemeinen Machtverhältnisse zu eindeutig, die Arbeitnehmerschaft nach drei Krisen Jahren zu apathisch, als dass ein Generalausstand auch nur eine winzige Erfolgchance besessen hätte.

Niemand konnte (und kann rückblickend) von den Gewerkschaftsführern erwarten, dass sie ihre Anhängerschaft sehenden Auges in einen selbstmörderischen Bürgerkrieg schickten, nur um sich einen heroischen Abgang aus der Geschichte zu sichern. Die Absage an einen politischen Massenstreik als Antwort auf *Hitlers* Ernennung zum Regierungschef war nach Lage der Dinge kein "Verrat", sondern ein Gebot verantwortungsbewussten Handelns.

Vor der Schicksalswahl

Ihre Ehre hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung Anfang Februar 1933 noch nicht verloren. Allerdings deutete sich in den Stellungnahmen der Arbeitnehmerorganisationen zur "Regierung des nationalen Zusammenschlusses" bereits ihr fataler Anpassungskurs der nächsten Wochen an.

So versicherte der ADGB-Vorstand, bei aller grundsätzlichen Skepsis würden "die Gewerkschaften [...] im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen".¹⁵

Im Aufruf des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften offenbarte sich ebenfalls ein hohes Maß an opportunistischer Ausrichtung auf die jeweiligen Inhaber der staatlichen Macht, das für die Zukunft nichts Gutes verhieß.¹⁶

¹³ Aufruf des ADGB zur Reichstagswahl, 16.07.1932; abgedr. in: Michael Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933. (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 3), Köln 1990, Dok. 32, 188f.

¹⁴ Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Lage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, 30.01.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 33, 190.

¹⁵ Debatte des ADGB-Bundesausschusses zur politischen Lage, 31.01.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 35, 193f.

¹⁶ Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zur politischen Lage, 30.01.1933; ab-

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) sandte dem neuen Kanzler gar ein Glückwunschtelegramm. Und die Mitzeichnung des gemeinsamen Protestaufrufs vom 30. Januar 1933¹⁷ durch den christlich-nationalen Dachverband DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) scheiterte am Veto dieses größten, traditionell antisemitisch ausgerichteten und mittlerweile nationalsozialistisch dominierten Angestelltenorganisation.

Als Chef eines Minderheitskabinetts von *Hindenburgs* Gnaden hatte *Hitler* sofort den Reichstag auflösen lassen, um den kalten Staatsstreich vom 30. Januar 1933 im Nachhinein plebiszitär zu rechtfertigen. Sozialdemokratie und Zentrum wie auch die drei Gewerkschaftsrichtungen ließen sich darauf ein. Obwohl der Wahlkampf unter offenkundig irregulären Bedingungen ablief, akzeptierten die Arbeitnehmerorganisationen das bevorstehende Votum vom 5. März 1933 schon vorab als Volksabstimmung über "die künftige Gestalt des deutschen Staates".¹⁸

Nur halbherzig warfen die Gewerkschaftsführer nochmals das Gewicht ihrer Organisationen zugunsten der ihnen jeweils nahe stehenden Parteien in die Waagschale. Erstmals nannten ADGB und AfA-Bund in ihrem Wahlaufuf die SPD nicht mehr beim Namen. Stattdessen wurden unablässig die "Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat"¹⁹ hervorgekehrt. Unverkennbar wollte man sich den kommenden Wahlsiegern als loyaler Partner beim "nationalen Wiederaufbau" anempfehlen.

Auf der schiefen Bahn

Auf dieser abschüssigen Bahn gab es nach dem knappen Wahltriumph von NSDAP und DNVP²⁰ kein Halten mehr. Ohne das Ergebnis vom 5. März auch nur ansatzweise in Zweifel zu stellen, knüpften die Gewerkschaftsführer nun an jene Doppelstrategie an, die Mitte 1932 schon unter Reichskanzler *von Papen* eingeleitet worden war: parteipolitische Selbstneutralisierung und vorbehaltlose Hinwendung zum autoritären Staat.

Am 21. März übermittelte der ADGB-Vorsitzende *Theodor Leipart* dem Reichskanzler eine Erklärung, die in dem Kernsatz gipfelte:

"Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist".²¹

In vielen Verbandszeitungen konnten es die eigenen Funktionäre und Mitglieder nun ähnlich lesen. Die Führungsgremien der Christlichen Gewerkschaften hatten ihr Bekenntnis zu einer unpolitischen Vertretung der Arbeitnehmerbelange im Rahmen "eine(r) organische(n), vom Willen zur Selbstverantwortung getragene(n) berufsständ-

gedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 35, 191f.

¹⁷ Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Lage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, 30.01.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 33, 190.

¹⁸ Wahlaufuf des ADGB und des AfA-Bundes vom 15.02.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 177, 844f.

¹⁹ So der Titel eines Aufsatzes des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart in der "Sozialen Praxis"; gleichzeitig abgedr. in: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes [GZ], Reprint Berlin/Bonn 1983, Jg. 43, Nr. 8, 25.02.1933, 114-16. Vgl. Bernhard Otte [Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften], Sozialpolitik und Volkstum; auszugsweise abgedruckt in: GZ, Nr. 10, 11.03.1933, 146f.

²⁰ NSDAP 43,9, DNVP 8,0 Prozent.

²¹ Erklärung des ADGB zur "Neuordnung der Gewerkschaften", 20.03.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 33, 190.

dische(n) Sozialordnung" bereits unmittelbar nach der Reichstagswahl öffentlich abgelegt.²²

Am 29. März 1933 distanzierte sich der ADGB mit einem zweiten Schreiben *Leiparts* an *Hitler* offiziell von der Bruderpartei und bot Regierung wie Unternehmern nochmals eine loyale Zusammenarbeit auf dem Boden der neuen Ordnung an. Der AfA-Bund hatte sich schon am Vortag zur "Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien" bekannt und seine Selbstaflösung zum 30. April eingeleitet. Zugleich war der AfA-Bundesvorsitzende und SPD-Reichstagsabgeordnete *Siegfried Aufhäuser* von seinen Vorstandskollegen zum Rücktritt "überredet" worden, weil er ihnen als Jude und linker Sozialdemokrat nicht mehr tragbar erschien. Sein Fraktionskollege *Franz Scheffel* gab am 29. März mit zwei Vorstandskollegen "freiwillig" sein Amt als Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands auf, weil "die unpolitische gewerkschaftliche Bewegung des Eisenbahnpersonals nicht durch ihre bisherige Arbeit Schaden erleiden" solle.²³ Ähnliches geschah in vielen anderen Verbänden.

Wie schon die Pseudowahl vom 5. März 1933, so erkannte der ADGB auch das am 23. März gegen die Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedete Ermächtigungsgesetz wider besseres Wissen als legitimen Akt demokratischer Willensbildung an:

"Der Kampf um der Herrschaft im Staate hat mit dem Siege der NSDAP. geendet"²⁴.

Diese Kapitulationserklärung garnierte die „Gewerkschafts-Zeitung“ mit einem beifälligen Kommentar zu den sozialpolitischen Aussagen der Regierungserklärung *Hitlers*.

Während des *Bismarckschen* Sozialistengesetzes hatte die Arbeiterbewegung unter den Parolen gekämpft: „Lasst euch nicht provozieren! Man will schießen!“ - „An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen.“²⁵ Ein halbes Jahrhundert später musste ihr traditioneller Legalismus unter ganz anderen Umständen dazu herhalten, die freigewerkschaftliche Anbiederung an ein Regime zu rechtfertigen, dessen gewalttätigen Unrechtscharakter viele Funktionäre und Mitglieder überall im Reich bereits handgreiflich zu spüren bekamen.

²² Entschließung des GCG-Vorstands vom 08.03.1933; abgedr. in: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Hg.), *Die Essener Richtlinien der christlich-nationalen Gewerkschaften*, Berlin-Wilmersdorf o.J. [1933], 5f. Dieses Programm, das die berufsständische Ausrichtung der christlichen Gewerkschaften im einzelnen ausführte, wurde vom GCG-Ausschuss am 16./17.03.1933 verabschiedet; siehe ebd., 6ff.; Auszug abgedr. in: Michael Schneider, *Zwischen Gegnerschaft und Unterwerfung. Die Christlichen Gewerkschaften und der Nationalsozialismus*, in: Manfred Scharrer (Hg.), *Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933*, Reinbek 1984, 183-215, hier 210-212; ders., *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, 2. Aufl., Bonn 2000, Dok. 19, 530-533..

²³ GZ, Nr. 14, 08.04.1933, 223.

²⁴ Das Programm des Kabinetts Hitler, in: GZ, Nr. 13, 01.04.1933, 197-99, hier 197.

²⁵ Franz Osterroth/Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1: *Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, 2. Aufl., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975, 57 (11.06.1878); vgl. ebd., 59 (29.11.1878)); Peter Brandt/Detlef Lehnert, *"Mehr Demokratie wagen". Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010*, Berlin 2013, 63.

Von der autonomen Interessenvertretung zur Staatsgewerkschaft?

Rasch ging nun der gewerkschaftliche Anpassungskurs in die offene Selbst-"Gleichschaltung" über. Am 9. April erklärte sich der ADGB-Bundesausschuss bereit, die "Selbstorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen", an dem "geplanten berufsständischen Aufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten" und die angestrebte "Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens" zu unterstützen. Zu diesem Zweck schlugen die freigewerkschaftlichen Verbandsvorstände der Regierung vor, alsbald einen "Reichskommissar für die Gewerkschaften" einzusetzen. Denn die "eigene Bewegungsfreiheit" müsse "ihre Grenze finden [...] an dem höheren Recht des Staates als der Repräsentation der gesamten Volksgemeinschaft".²⁶

Noch einen Schritt weiter ging der Gewerkschaftsbund der Angestellten. Am 11. April 1933 unterbreitete er *Hitler* einen eigenen "Plan zur Vereinheitlichung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung".²⁷ Der ehemals "freiheitlich-nationale", mittlerweile jedoch wie der DHV von Nationalsozialisten unterwanderte Verband wollte sämtliche Arbeitnehmerverbände unter dem Dach eines "Nationalen Gewerkschafts-Bundes" in einer "Deutschen Arbeiter-Gewerkschaft" und einem "Deutschen Angestellten-Verband" zusammenfassen. "Arbeits-Ausschüsse" dieser Einheitsgewerkschaft sollten mit den Berufs- oder Branchenvertretungen der "Arbeitgeber-Spitzenorganisation" unter Leitung einer paritätischen Zentralkommission feste "Arbeitsgemeinschaften" bilden. Dort wie auch im Vorstand des "Nationalen Gewerkschafts-Bundes" wäre die Reichsregierung nach den Vorstellungen des GDA direkt vertreten gewesen. In ihren "Leitsätzen" sollte sich diese Einheitsorganisation ausdrücklich "zu dem durch die Umwälzung geschaffenen nationalen Staat" sowie zur strikten Trennung von gewerkschaftlicher und politischer Arbeit bekennen.

Dieser Plan der sozial-liberalen Angestelltenverbände würdigte die unabhängigen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft zu staatlich gelenkten Pseudo-Gewerkschaften herab. Unverkennbar hatte bei seiner Formulierung das faschistische Ordnungsmodell Italiens Pate gestanden.

Am 28. April erklärte schließlich ein neu gebildeter "Führerkreis" der Arbeitergewerkschaften aller Richtungen, dem "volklichen Einheits- und Machtwillen" des "neuen Staat(es)" der "nationalen Revolution" durch die Vereinigung ihrer Organisationen zu "einer einzigen umfassenden, nationalen Organisation der Arbeit" Rechnung tragen zu wollen.²⁸ Damit wurde auch ein Hinweis aufgegriffen, den der ADGB-Vorstand aus einer informellen Unterredung mit NSBO-Vertretern am 13. April mitgenommen hatte.²⁹

Doch alle Anpassung war vergebens: Am 16./17. April beschloss die Führungsspitze

²⁶ Der ADGB-Bundesausschuss zur Eingliederung der Gewerkschaften in den "neuen Staat", 09.04.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 37, 197f.

²⁷ Gewerkschaftsbund der Angestellten (Gewerkschaftsring) an Reichskanzler Hitler: Plan zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften, 11.04.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 200, 884-888.

²⁸ Vereinbarung über die Gründung eines "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften", 28.04.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 39, 201f.; Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 20, 533-535. Zu dieser Initiative, der eine gewisse Bedeutung für die Formierung der Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zugeschrieben worden ist, vgl. Michael Fichter, Einheit und Organisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Aufbau 1945 bis 1949. (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 4), Köln 1990, 30f.

²⁹ Besprechung zwischen ADGB und NSBO über die Gewerkschaftsfrage, 13.04.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 201, 889-892, hier 892 (Leuschner).

der NSDAP die gewaltsame Übernahme und bereits vier Tage später ging der geheime Einsatzplan für eine reichsweite "Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften" heraus. Deren Beginn wurde auf den 2. Mai 1933, 10.00 Uhr terminiert.³⁰

Der "Tag der nationalen Arbeit"

Bereits am 10. April hatte die Reichsregierung den 1. Mai mit einer scheinbaren Versöhnungsgeste zum gesetzlichen Feiertag erklärt:

"Die Einführung des Feiertags der nationalen Arbeit am 1. Mai soll ein sichtbares Symbol schaffen für den Anbruch einer neuen deutschen Volksgemeinschaft. An diesem Tage soll das deutsche Volk seiner unauflöslichen Schicksalsverbundenheit mit der deutschen Arbeiterschaft, der deutsche Arbeiter seiner Solidarität mit dem Volksganzen in feierlicher, von starkem Zukunftshoffen beseelter Form Ausdruck geben".³¹

Machtpolitisch brauchte das kommende NS-Regime die organisierte Arbeitnehmerschaft zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu fürchten. Doch Hitlers Chefpropagandist *Goebbels*, der Initiator dieses überraschenden Coups, dachte über die aktuelle Kräftekonstellation weit hinaus. Um das latente Oppositionspotential der organisierten Arbeitnehmerschaft auf lange Sicht wirkungsvoll auszuschalten, genügte es aus Sicht der Nazi-Strategen eben nicht, lediglich die Gewerkschaftsverbände in eigene Regie zu nehmen oder zu verbieten. Ihr zynisches Machtkalkül zielte darauf ab, den am Boden liegenden Gegner nicht nur organisatorisch zu vernichten, sondern ihm auch die moralische Integrität und die Identität stiftenden Symbole zu rauben.

In diesem Zusammenhang kam dem Maifeiertag eine herausragende Bedeutung zu. Dessen demonstrative Übernahme und Umdeutung sollten die Gewerkschaftsführer nochmals vor aller Welt demütigen, bevor ihre totale Niederlage mit der parallel vorbereiteten "Gleichschaltungsaktion" auch formal besiegelt wurde.

Auf der anderen Seite wollte man dieses durchsichtige Manöver nicht wahrnehmen. Die Gewerkschaftsspitzen aller Richtungen beeilten sich, den Machthabern ihre Beteiligung am Staatsakt anzudienen. Bereits am 11. April wurde eine Abordnung der Christlichen Gewerkschaften bei *Goebbels* persönlich vorstellig. Der Vorstand des ADGB gab am 15. April einen Aufruf heraus, in dem der Schritt der Reichsregierung begrüßt wurde, und in einer dazu vom Bundesausschuss am 19. April angenommenen Erklärung wurde die deutsche Arbeiterschaft ausdrücklich zur Teilnahme an den offiziellen Maifeierlichkeiten aufgerufen.³²

Diese Proklamation bildete den letzten Anlass für den Internationalen Gewerkschaftsbund, sich drei Tage später endgültig von der deutschen Landeszentrale zu trennen. Damit waren die Brücken zu jenen Bruderorganisationen im Ausland abgebrochen, mit denen man seit vier Jahrzehnten am 1. Mai für die soziale und politische Emanzipation der Arbeiterklasse demonstriert hatte. Der ADGB biederte sich nun gemeinsam mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen umso heftiger dem "neu-

³⁰ Reichsleitung der NSDAP: Rundschreiben über die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften, 21.04.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 206, 898-901.

³¹ Zit. nach: Die Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bearb. Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, 311f.

³² Beide abgedr. in: Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 21, 535f.

en Staat" an, der "weder klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität" kenne.³³

Am 29. April 1933 veröffentlichte die "Gewerkschafts-Zeitung" des ADGB in ihrer letzten Ausgabe zwei Betrachtungen zum bevorstehenden Maifeiertag, deren unsägliche Anpassungsrhetorik alle vorangegangenen Unterwerfungsgesten noch in den Schatten stellte.³⁴

Das zentrale Motiv des neuen "Volksfest(es) der nationalen Arbeit", versicherte die GZ im Leitartikel, befinde sich im vollen Einklang mit der "Tradition des Maifestes der Gewerkschaften". In dessen Mittelpunkt habe seit jeher der Appell an das "ganze deutsche Volk" gestanden, nicht etwa die Absicht, die Arbeiterschaft von den anderen "Ständen und Schichten" abzusondern. Die Sprachrohr des ADGB Organ fuhr dann fort:

"Und so werden denn auch am 1. Mai die Träger dieser Tradition, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, mit jenen marschieren, die den Bannern der Vorkämpferschaft des Staates vom 5. März folgen."

In einem weiteren Artikel versuchte das freigewerkschaftliche Bundesorgan "vom Sozialismus her eine Stellung zur nationalen Revolution zu finden":

"Von dem traditionellen Gedankengut des Maifestes der Arbeiterbewegung ausgehend (findet sich) ein Weg, der hinführt zu dem Sinn, den die Regierung dem neuen Volksfeiertag zu geben gedenkt."

Insofern dürften auch die "Besiegten" (sic!) den 1. Mai 1933 als einen "Tag des Sieges" feiern - so lautete die bizarre Dialektik dieses auch heute noch beschämenden Elaborats.

Als sich am "Tag der nationalen Arbeit" in ganz Deutschland große Demonstrationen züge generalstabsmäßig geplant auf die Kundgebungsplätze zu bewegen – in Flensburg kamen am frühen Abend wohl an die 10.000 Menschen auf der Exe zusammen³⁵ -, da zogen sie an schwarz-weiß-rot beflaggten Gewerkschaftshäusern vorbei, und mancher Gewerkschafter marschierte mit unter dem Hakenkreuzbanner.³⁶

Die Bindung an die sozialistischen Bruderorganisationen, das Bekenntnis zur demokratischen Republik, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse - diese und andere Kernbestandteile der eigenen Identität hatten die Freien Gewerkschaften bereits in den voraus gegangenen Wochen geflissentlich über Bord geworfen, um die organisatorische Hülle ihrer Bewegung über die "nationale Revolution" hinweg in das „Dritte Reich“ und darüber hinaus zu retten. Und nun lieferten sie den Nazis in einem letzten Akt der Selbstentäußerung auch noch das herausragende Symbol der sozialistischen Arbeiterbewegung aus.

³³ Vereinbarung über die Gründung eines "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften", 28.04.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften - Staat - Unternehmer, Dok. 39, 201f.; Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 20, 533-535.

³⁴ Der 1. Mai, in: GZ, Nr. 17, 29.04.1933, 257f.; Walther Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: ebd., 259-262.

³⁵ Vgl. Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus, 69f.; danach Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, 435f. Zum Tagesprogramm vgl. Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, 113.

³⁶ Vgl. dazu eingehend Michael Ruck, Vom Demonstrations- und Festtag der Arbeiterbewegung zum Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes. Der 1. Mai im Dritten Reich und die Arbeiter, in: Inge Marßolek (Hg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt 1990, 171-188.

Ungehört hatten die Leitungsgremien der SPD die Gewerkschaften zum Boykott der NS-Maifeierlichkeiten aufgerufen, vergebens hatte der Parteivorsitzende Otto Wels sie am 26. April nochmals beschworen:

"Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte"³⁷.

Das Ende

Doch auch diese Selbstaufopferung war umsonst. Am 2. Mai 1933 setzte die nationalsozialistische "Gleichschaltungsaktion" der Freien Gewerkschaftsbewegung ein Ende. Nennenswerten Widerstand gab es kaum irgendwo. Am 3./4. Mai folgten die übrigen Arbeitnehmerorganisationen der ultimativen Aufforderung, sich "freiwillig" dem NS-"Aktionskomitee zum Schutze der Deutschen Arbeit" zu unterstellen. Alle Dachverbände wurden sofort aufgelöst, die "gleichgeschalteten" Einzelgewerkschaften unter der Leitung von NSBO-Kommissaren in die wenige Tage später gegründete DAF überführt. Mit der Einsetzung von staatlichen "Treuändern der Arbeit" im Juni 1933 und der Umgestaltung der DAF zu einer berufsständischen Pflichtorganisation aller deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Januar 1934 wurden auch die letzten Reste eigenständiger Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft getilgt.

1933 - Schlusspunkt eines Irrwegs ?

Mit der Teilnahme am nationalsozialistischen Maispektakel hatte die gewerkschaftliche "Kapitulation auf Raten"³⁸ ihren Höhe- und Endpunkt erreicht. Dieser Anpassungskurs ist vor allem von der "marxistisch-leninistischen" Geschichtsschreibung als Verrat gegeißelt worden, der sich zwangsläufig aus den Sündenfällen der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer von 1914 und 1918/19 ergeben habe. Demgegenüber gilt es zwei Dinge festzustellen:

Erstens gibt es keinen Anlass, an den lautereren persönlichen Motiven jener Männer in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften zu zweifeln, die sich - wie so viele andere auch - den hohen Ansprüchen, welche die historische Ausnahmesituation an sie stellte, letzten Endes nicht gewachsen zeigten.

Und *zweitens* hat nicht etwa die Arbeiterbewegung, jedenfalls nicht die demokratische, die erste deutsche Republik unterminiert und die Überreste den Nazis ausgeliefert - das besorgten die alten, konservativ-reaktionären Eliten in Wirtschaft und Politik, Verwaltung und Justiz, Wissenschaft und Militär ganz allein.

Doch frei von Schuld am Scheitern des demokratischen und sozialen Experiments von Weimar waren die Gewerkschaftsführer mitnichten. Es lassen sich schwere Fehler und Versäumnisse benennen, mit denen sie dessen Feinden auf der Rechten und im Unternehmerlager das unheilvolle Spiel erleichtert haben.

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die grundlegende Schwäche gewerkschaftlicher Politik zwischen 1914 und 1933 zu verweisen: das im Ganzen übermächtige Vertrauen aller Gewerkschaftsrichtungen auf den Staat als vermeintlich

³⁷ Zit. nach: Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Köln 1975, 39.

³⁸ Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, 303.

neutralen Hüter des Gemeinwohls im politischen und gesellschaftlichen Interessenstreit und Machtkampf.

Es bleibt festzuhalten: Die würdelose Selbstgleichschaltung der Gewerkschaften im Frühjahr 1933 war nicht ohne Alternative - wenn schon nicht kämpfend, so hätte man doch erhobenen Hauptes untergehen können. Der statt dessen gewählte Anpassungskurs war kein vorsätzlicher "Verrat" der Gewerkschaftsleitungen an der Arbeitnehmerschaft und an den eigenen Traditionen, wohl aber ein Versagen vor der übernommenen Verantwortung und vor der eigenen Geschichte, das auch nach 80 Jahren noch den moralischen Tiefpunkt in der wechselvollen Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung markiert.

Viele aus der alten Garde der Weimarer Gewerkschaftsführer wollten das nicht wahrhaben. Einige der jüngeren Funktionäre liefen sogar zu den neuen Machthabern über. Aus dem gewerkschaftlichen Widerstand und Exil hingegen wurden zwei grundlegende Lehren aus der schmachvollen Erfahrung von 1933 in die Nachkriegszeit mitgenommen: nach außen ein klares Bekenntnis zur parlamentarisch-pluralistischen Parteien- und Verbändedemokratie westlicher Prägung und nach innen der unbedingte Wille, die weltanschauliche, standesmäßige und berufsorientierte Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein für allemal hinter sich zu lassen.³⁹

Der Aufbau des im Herbst 1949 in München gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes als weltanschaulich heterogene Föderation großer Industrie- und Regieverbände und das wirkungsvolle Eintreten des DGB für die soziale und demokratische Weiterentwicklung von marktwirtschaftlichen Strukturen und politischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland waren bedeutsame Konsequenzen dieses Lernprozesses, die bis heute nachwirken.

Neben dem Motto der heutigen Veranstaltung - „Nie wieder!“ - ist dies das gute Vermächtnis des gewerkschaftlichen Desasters von 1933.

³⁹ Vgl. dazu jetzt Stefan Berger, Tagungsbericht 80 Jahre Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften - Erfahrungen, Lehren, Erinnerungen. [Bochum] 13-03.2013-15.03.2013, in: H-Soz-u-Kult 13.04.2013; URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4756> [14.04.2013].